Beschluss A 3 - Du gehst deinen eigenen Weg – Berufliche Bildung, Hochschule und lebenslanges Lernen

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	19.02.2022
Tagesordnungspunkt:	A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

Text

A. 3. Du gehst deinen eigenen Weg – Berufliche Bildung, Hochschule und lebenslanges Lernen

Die berufsbildenden Schulen und Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) sind eine starke Säule in unserem Bildungssystem. Mit ihren verschiedenen Schularten bieten sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben der dualen Ausbildung an der Berufsschule viele weitere Möglichkeiten, sich auf eine Ausbildung vorzubereiten, fachschulische Ausbildungen zu absolvieren und Schulabschlüsse bis hin zur allgemeinen Hochschulreife zu erlangen. Dieses flexible System wollen wir stärken und ausbauen.

A. 3. 1. Berufliche Bildung und das SHIBB stärken

In der vergangenen Wahlperiode ist das GRÜNE Konzept des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) umgesetzt und so die berufliche Bildung gestärkt worden. Mit seinen 5.000 Lehrkräften an berufsbildenden Schulen ist es am 1. Januar 2021 an den Start gegangen, zugeordnet zum Wirtschaftsministerium. Wir werden das SHIBB wieder dem Bildungsministerium zuordnen. Sämtliche Prozesse der Ausgestaltung vom Übergang Schule und Beruf, der Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen allgemein- und berufsbildender Schulen, der beruflichen Orientierung, der Vergleichbarkeit von Personalentwicklung und Lehrkräftebildung wollen wir, wie ursprünglich geplant, unter einem Dach zusammenführen.

In den vergangenen Jahren sind die Schüler*innenzahlen an den berufsbildenden Schulen einschließlich der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) zurückgegangen. Das führt zum Teil zu sehr kleinen Klassen in einigen Ausbildungsberufen, die durch die berufsbildenden Schulen einschließlich der RBZ schwer zu kompensieren sind. Wir wollen deshalb mit den Schulen, Schulträgern und allen Akteur*innen partnerschaftlich eine landesweite Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen, um allen Standorten eine Perspektive zu geben.

Wir wollen flächendeckend alle berufsbildenden Schulen in Regionale Berufsbildungszentren umwandeln. So können sie flexibler auf regionale Bedarfe in der Ausbildung reagieren.

A. 3. 1. 1. Berufliche Orientierung – Kooperation ist das Ziel

Eine intensivere berufliche Orientierung an den allgemeinbildenden Schulen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Coaches und Betrieben ist ein wichtiger Baustein. Ziel ist, dass Jugendliche ihre Stärken erkennen, sich über ihren Ausbildungs- oder Studienwunsch klar werden und sich rechtzeitig bewerben. Die Berufsschullehrkräfte mit ihrer Erfahrung zu Anforderungen und Möglichkeiten in den verschiedenen Berufszweigen können hier an den allgemeinbildenden Schulen

unterstützen. Deshalb wollen wir den Einsatz von Berufsschullehrkräften in der beruflichen Orientierung der allgemeinbildenden Schulen prüfen und auch Modelle unterstützen, in denen die Schüler*innen der allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der beruflichen Orientierung in die Werkstätten der berufsbildenden Schulen einschließlich der RBZ kommen.Die Netzwerke und Strukturen der Jugendberufsagenturen wollen wir hierin einbeziehen.

A. 3. 1. 2. Ausbildungsgarantie

Wir werden das Ziel der Bundesregierung, allen Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung zu ermöglichen, in Schleswig-Holstein aktiv unterstützen und umsetzen. Ziel ist es, dass jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder betriebsnah in den beruflichen Schulen oder bei freien Trägern bekommt. Auch Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen mit Hilfe aller Akteur*innen eine faire Chance auf einen Ausbildungsabschluss bekommen.

Dazu gehört für uns auch in den beruflichen Schulen der Ausbau und die ausreichende Kapazität und Ausstattung des DAZ-Bereiches sowie weitere Möglichkeiten des Spracherwerbes für nicht muttersprachliche Auszubildende. So wollen wir ermöglichen, dass auch junge Erwachsene, die neu zugewandert oder geflohen sind, einen Schulabschluss erreichen können. Denn dadurch erhöhen wir wiederum die Chance auf den Zugang zu einer Berufsausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg.

A. 3. 1. 3. Fachkräftesicherung gemeinsam mit Betrieben

Für eine ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen ist es notwendig, dass die Betriebe ihre Anstrengungen weiter erhöhen, diese zur Verfügung zu stellen. Eine ausreichende Anzahl von besetzten Ausbildungsplätzen ist die Voraussetzung für den Erhalt eines vielfältigen Angebots an Berufsschulklassen in der Fläche. Hierzu soll das SHIBB gemeinsam mit den Akteur*innen im berufsbildenden Bereich eine Strategie für die kommenden Jahre erarbeiten. Die Möglichkeiten in der beruflichen Bildung weitere Praktika und Auslandsaufenthalte absolvieren zu können, ist entscheidend für die Attraktivität einer Ausbildung. Hierfür wollen wir ein Modellprojekt initiieren.

A. 3. 1. 4. Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung – Berufshochschule

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung ein. Im Rahmen einer Institutionalisierung soll die Zusammenarbeit von Fachhochschulen, berufsbildenden Schulen und Betrieben ausgebaut werden. Wir wollen über diese Kooperation das Konzept einer Berufshochschule umsetzen, die zunächst einen Berufsabschluss und perspektivisch einen Bachelor-Abschluss einschließt. Durch diese Lernortkooperation wird die duale Ausbildung attraktiver und durchlässiger.Duale Studiengänge sind uns wichtig, um den enormen künftigen Fachkräftebedarf in vielen Branchen zu decken. Wir setzen uns daher für eine Aufstockung der Plätze ein.

A. 3. 2. Hochschule und Wissenschaft

Wir wollen auch in den nächsten Jahren an unserem bisherigen Kurs festhalten und damit fortfahren, die Hochschulen zukunftssicher aufzustellen. Dabei wollen wir unsere Wissenschaft bei uns im Land stärken, Bildungsgerechtigkeit ausbauen und

international wettbewerbsfähig bleiben. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Orte der Neugier, des Lernens und des Zusammenhaltes. Sie bieten Raum für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und politische Auseinandersetzungen.

A. 3. 2. 1. Struktur und Finanzierung

Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit. Deswegen werden wir die Grundfinanzierung der Hochschulen weiterhin verlässlich erhöhen. Für uns steht fest, dass keine staatliche Hochschule in Schleswig-Holstein in ihrer Existenz gefährdet sein darf.

Die Rolle der Fachhochschulen befindet sich aktuell mehr denn je im Wandel. Daher möchten wir gemeinsam mit den Hochschulen die Rolle der Fachhochschulprofessur adäquat weiterentwickeln.

Um dem bestehenden Fachkräftemangel in den sozialen Berufsfeldern entgegenzuwirken, wollen wir zunächst dem Fachkräfte- und Dozierendenmangel entgegenwirken. Dazu sollen Professuren attraktiver werden und die Anzahl der Promotionsstellen ausgebaut werden. Auf lange Sicht wollen wir damit den dringend benötigten Nachwuchs ausbilden.

Neben der Sicherung unserer bisherigen Hochschulstandorte wollen wir eine Erweiterung der öffentlichen Hochschullandschaft durch die Etablierung von Fachbereichen in Neumünster, priorisiert im Bereich eines Pflegestudiums.

Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau der Mitbestimmungsstrukturen innerhalb der Hochschuldemokratie einsetzen und gemeinsam mit den Statusgruppen über mögliche Anpassungen der Gremienstrukturen beraten. Wir setzen uns für eine Stärkung studentischer Partizipation bei politischen Prozessen ein und unterstützen die Institutionalisierung der Landes-ASten Konferenz.

Wir möchten die Hochschulen auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber*innen stärken. Wir werden gemeinsam mit den Personalräten und anderen Hochschulgremien Wege suchen, Weiterbildungsmöglichkeiten mit Aufstiegsperspektiven für den Mittelbau und für das technisch administrative Personal zu schaffen. Wir halten weiterhin am Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ fest. Wo dieser Grundsatz noch nicht ausreichend umgesetzt ist, werden wir das ändern.

Um auch studentischen Beschäftigten einen fairen und guten Arbeitsplatz bieten zu können, unterstützen wir die Forderung der gewerkschaftlichen Kampagne TVStud. Unser Ziel ist auch hier eine tarifliche Entlohnung.

A. 3. 2. 2. Digital und international

Wir wollen sowohl im Bereich der digitalen Infrastruktur, der Ausstattung und im Zugang zu digitalen Ressourcen nachlegen. Es gilt sowohl die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen als auch einen kritischen Umgang mit digitalen Lösungen zu entwickeln. Sichere IT-Systeme sind besonders im Bereich der Forschung relevant, aber auch Cloud-Lösungen müssen höchsten Sicherheitsstandards genügen. Außerdem setzen wir auf den weiteren Ausbau von Open-Data und Open-Access.

Die Internationalisierung der Hochschulen und Forschungsinstitute über alle Grenzen hinweg war und ist ein wichtiges Ziel unserer Hochschulpolitik. Studien-

und Forschungsaufenthalte internationaler Student*innen an hiesigen Hochschulen und Forschungsstätten sowie Aufenthalte von Student*innen und Wissenschaftler*innen an ausländischen Hochschulen sind wichtig.

Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wollen wir einfacher gestalten. Bestehende Nachteile in Studienordnungen, bei der Anerkennung von Studienleistungen oder im Beschäftigungsrecht wollen wir abbauen.

Gerade in der deutsch-dänischen Grenzregion setzen wir an den Hochschulen auf einen deutlichen Ausbau der grenzüberschreitenden Bachelor- und Masterstudiengänge. Wir wollen die Zusammenarbeit von deutschen und dänischen Hochschulen fördern und setzen auf die Grenzregion als gemeinsamer, grenzüberschreitender Innovations- und Bildungsstandort.

A. 3. 2. 3. Innovation und Exzellenz

Unsere Hochschulen sind wichtige Partner*innen für gesellschaftliche und technische Innovation. Um diese Rolle strategischer zu füllen, unterstützen wir die Idee von Innovationsagenturen nach dem D.Innova-Konzept. Wir unterstützen das auf Bundesebene geplante Konzept. Die Förderung von Innovations-, Wissens- und Technologietransfer ist insbesondere für den Standort Schleswig-Holstein eine starke Perspektive, die wir aktiv nutzen wollen. Wir werden in Schleswig-Holstein für eine starke regionale Struktur sorgen.

Um auch nach dem Hochschulabschluss beispielsweise den Zugang zu aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen zu erleichtern, werden wir gemeinsam mit den Hochschulen die Möglichkeit zu einem Auffrischungsstudium entwickeln.

Wir lehnen die Exzellenzstrategie der Bundesregierung ab. Sie unterstützt gezielt einzelne Forschungsbereiche, trägt gleichzeitig aber zur Stärkung elitärer Strukturen bei. Andere wichtige Fachbereiche bleiben bei dieser wettbewerbsorientierten Finanzierung unberücksichtigt. Wir befürworten stattdessen eine grundsätzliche Mittelerhöhung für die Hochschulen aus Bundesmitteln um die Breite der Wissenschaftslandschaft zu fördern. Bis es eine solche gerechtere Förderung gibt, werden wir die Universitäten in Schleswig-Holstein trotzdem darin unterstützen, von der Exzellenzstrategie des Bundes zu profitieren.

A. 3. 2. 4. Vielfalt, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung

Wir setzen uns für Hochschulen mit den klügsten Köpfen unterschiedlichster Hintergründe ein. Wir werden die Hürden für Studieninteressierte unterschiedlichster Biographien abbauen. Hierzu werden wir die in der letzten Wahlperiode geschaffene Studienstarthilfe für Studierende aus Bedarfsgemeinschaften fortsetzen. Studiengebühren lehnen wir ab.

Um eine inklusive Hochschulkultur zu ermöglichen, setzen wir uns für mehr Diversität beim Lehrpersonal ein.

Wir wollen Stress und Überforderung im Studium entgegenwirken. Zur Verbesserung der Studienbedingungen trägt auch eine Verkleinerung der regulären Gruppengrößen vor allem in Eingangsvorlesungen bei. Zusätzlich werden wir die Aufenthaltsqualität auf dem Campus verbessern und Konzepte entwickeln, um Lernstress zu reduzieren und die Perspektive von Studierenden in den vorhandenen Strukturen zur Qualitätsentwicklung der Studienbedingungen stärken.

Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Hochschulen für mehr Studierende zugänglich sind und bessere berufliche Perspektiven in der Wissenschaft bieten. Hochschulen müssen Orte der Neugier und des Zusammenhaltes sein.Vor diesem Hintergrund lehnen wir einen Ausschluss von Frauen durch ein Verbot der Vollverschleierung ab.

Wir wollen das Studentenwerk Schleswig-Holstein bei seinen wichtigen Aufgaben der sozialen Infrastruktur auch künftig finanziell stärken. Insbesondere im Bereich des studentischen Wohnraums und bei der psychosozialen Beratung sehen wir die wachsenden Bedarfe.

Die Mieten und Lebenshaltungskosten in den Städten steigen auch für Studierende immer weiter. Mit der von der Ampel-Koalition im Bund vorgesehenen BAföG-Reform kann es gelingen, dass das BAföG endlich wieder zu einem wirksamen Instrument der Bildungsgerechtigkeit wird. Wir werden darauf achten, dass Berechnungsgrundlagen regelmäßiger und automatisch der Realität angepasst werden, die Fördersummen, insbesondere fürs Wohnen, erhöht und das BAföG insgesamt elternunabhängiger wird. Ein wichtiger Schritt ist außerdem die Erhöhung der Altersgrenzen und die Schaffung von Fördermöglichkeiten für ein Teilzeitstudium.

Studierende haben ein Recht auf die rechtzeitige Auszahlung ihres BAföGs. Um die Bearbeitung von BAföG-Anträgen zu beschleunigen, werden wir das Studentenwerk stärken, Prozesse modernisieren und digitalisieren.

Mit der Einführung der Diversitätsbeauftragten an den Hochschulen durch unsere Hochschulgesetzesnovelle von 2015 haben wir eine wichtige Modernisierung vorangetrieben. Daraus sind starke Stimmen für einen wertschätzenden Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt auf dem Campus entstanden. Im Zuge der Hochschulgesetzesnovelle 2022 haben wir die Befugnisse der Diversitätsbeauftragten deutlich ausgebaut. Künftig wollen wir eine landesweite Koordinierungsstelle für Diversität an schleswig-holsteinischen Hochschulen schaffen.

Wir wollen dafür sorgen, dass die bestehenden Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) für Studierende und Stipendiat*innen geschlossen werden. Hochschulen, die keine AGG-Beschwerdestelle eingerichtet haben, sollen dafür künftig über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen verpflichtet werden können.

Wir werden unsere Hochschulen in die Lage versetzen adäquate Lösungen zu ermöglichen, die eine geschützte Nutzung von Toiletten und Umkleideräumen für trans*, inter, und nicht-binären Personen erlauben. Hierzu zählt neben dem sensiblen Umgang auch die Schaffung von All-Gender-Restrooms.

Zudem werden wir in enger Absprache mit den Hochschulen sicherstellen, dass selbstgewählte Namen und Pronomen von Studierenden und Mitarbeitenden erfasst und genutzt werden. Sowie eine Unterstützung der sozialen Transition auch schon vor der rechtlichen.

Regelungen, die die Repräsentation und Mitsprache von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen in der Wissenschaft sichern, müssen in allen Gremien und auf allen Ebenen gelten. Für die Besetzung von Professuren und anderen Führungspositionen ist eine konsequente Verankerung von Quoten nötig.

Wir wollen die Partizipation und Sichtbarkeit von Frauen,inter*, nicht-binären und trans* Personen in der Wissenschaft deutlich erhöhen. Dafür müssen Auswahlverfahren für Spitzenpositionen transparenter und chancengerechter gestaltet sowie die wissenschaftlichen Leistungen von Frauen ohne Gender Bias anerkannt werden.

Um die Chancengerechtigkeit für alle Menschen mit Familienaufgaben im Hochschulsystem zu gewährleisten, muss die Vereinbarkeit von Familie, Lehre und Forschung weiter erhöht werden. Außerdem muss es Alternativen zu befristeten Verträgen geben, die eine langfristige Lebensplanung ermöglichen.

Wir ermutigen und unterstützen die Hochschulen, die Auseinandersetzung mit sexueller, romantischer und geschlechtlicher Vielfalt als Bestandteil in die einschlägigen Curricula aufzunehmen.

A. 3. 3. Die Klimakrise verstehen

Um die Klimakrise zu verstehen und für sie zu sensibilisieren, braucht es Wissen und Dialog. Wir wollen das Jahr 2023 zum Jahr der Klimabildung machen und eine landesweite Klima-Projektwoche an die Kitas und Schulen bringen, die in Kooperation mit der Wissenschaft, Verbänden und anderen Akteur*innen durchgeführt wird. Auch darüber hinaus werden wir den Schulen die Möglichkeit geben, ihr Engagement für die Klimabildung unkompliziert öffentlich sichtbar zu machen. Darüber hinaus werden wir die Klimabildung in allen Lehrplänen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verankern.

Alle Menschen haben ein Recht auf Klimabildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wir möchten dabei unterstützen, die Auswirkungen der Klimakrise zu erkennen, Maßnahmen für den Klimaschutz zu bewerten und Mut zur Gestaltung der Zukunft machen. Wir wollen Menschen ermutigen, eigene Handlungsstrategien für ein klimaneutrales Leben sowie sozial gerechte Lösungen für die Klimakrise auf lokaler und globaler Ebene zu entwickeln.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung soll im Zuge dessen ebenfalls an berufsbildenden Schulen fest verankert werden. Als direkte Schnittstelle zwischen Bildung und Arbeitswelt ergibt sich hier die Chance, im Unterricht Lösungen für eine nachhaltige Arbeits- und Lebenswelt zu entwickeln. Dafür werden wir für Themen mit Bezug zur Nachhaltigkeit, schulische Konzepte und nachhaltige Lernumgebungen die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

A. 3. 4. Lebenslanges Lernen und Medienkompetenz stärken

In einer sich schnell ändernden Gesellschaft und in Zeiten ständiger technischer Transformation wird das lebenslange Lernen zu einer der wichtigsten Säulen unseres Bildungssystems. Die Volkshochschulen und Bildungsstätten sind Träger wichtiger gesellschaftlicher Prozesse. Bei dieser Aufgabe möchten wir sie bestmöglich unterstützen. Daher wollen wir eine Neuauflage des Weiterbildungsgesetzes zum Weiterbildungsfördergesetzes umsetzen.

Für uns ist die Erwachsenenbildung ein wichtiger Baustein zur Bildungsgerechtigkeit im Alter. Wir wollen die Volkshochschulen darin unterstützen, ihr Angebot weiter auszubauen und mehr Grundbildungszentren zu schaffen. Außerdem soll ein flächendeckendes und leicht zugängliches Angebot für Menschen mit geringeren Lese- und Schreibfähigkeiten entstehen.

Der kompetente Umgang mit Medien wird im Zeitalter der alles umfassenden Digitalisierung und Globalisierung zu einer wesentlichen Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie. Ebenso wie die Medien selbst, unterliegen auch der Umgang mit ihnen und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft einem rasanten Wandel. Dieser birgt zugleich Chancen und Risiken. Deshalb ist Medienkompetenz eine der Schlüsselkompetenzen unserer Zeit. Wir wollen Menschen aller Altersklassen den mündigen Umgang und die kritische Auseinandersetzung sowohl mit traditionellen als auch neuen Medienangeboten ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass besonders Kindertagesstätten, schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen – auch der Jugend- und Erwachsenenbildung – über eine ausreichende finanzielle, technische und fachliche Ausstattung verfügen, um diesem Auftrag gerecht zu werden. Das medienpädagogische Landeskonzept wollen wir modernisieren und kontinuierlich fortschreiben. Darüber hinaus unterstützen wir eine verpflichtende Aufnahme des Faches Medienkompetenz in die Curricula, insbesondere der erzieherischen und pädagogischen Berufe.

Wir wollen allen Bürger*innen die Möglichkeit der digitalen Teilhabe sicherstellen. Menschen mit geringem Einkommen, ohne festen Wohnsitz oder Menschen, die Schwierigkeiten mit der Benutzung von digitalen Endgeräten haben, sollen durch Digitallots*innen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Um die digitale Teilhabe und Medienkompetenz der älteren Generation zu stärken, setzen wir uns für ein landesweites Netzwerk von ehrenamtlichen Senior*innen-Medienlots*innen ein. Öffentliche Orte wie Büchereien, Gemeindezentren oder Senior*innentreffs wollen wir zu Erlebnisräumen für digitales Kennenlernen und Ausprobieren gestalten. Hier können Menschen Grundlagen lernen, Webseiten bauen oder ihre Steuererklärung digital abgeben. Dafür werden wir die Förderung der „Digitalen Knotenpunkte“ fortführen. Insbesondere in den ländlichen Räumen wollen wir in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen die Büchereien nach dänischem Vorbild zu Medienkompetenzzentren und „offenen Büchereien“ mit einem attraktiven und niedrigschwelligen Angebot ausbauen.

Wir wollen den Landesbeauftragten für politische Bildung stärken und die Vermittlung von Medienkompetenz zu einem seiner Schwerpunkte machen. Dazu soll die Arbeit in diesem Bereich ausgebaut werden und Qualitätsmaterialien sowie öffentlich-rechtliche Lernplattformen bereitgestellt werden.